

Geburtsrechtliche Staatsbürgerschaft: Die Bedeutung des Geburtsorts in Amerika

Ein Blick auf das Geburtsrecht in den Amerikas: Warum das Prinzip des "Jus Soli" trotz politischer Kontroversen tief in der Geschichte und Identität der Region verankert ist.

Der US-Präsident **Donald Trump** hat kürzlich eine Executive Order unterzeichnet, die den Kindern von undokumentierten Einwanderern in den Vereinigten Staaten die Staatsbürgerschaft verwehren würde. Mit diesem Schritt zielt er auf ein Prinzip ab, das er als typisch amerikanisch ansieht: das Geburtsrecht auf Staatsbürgerschaft.

Geburtsrecht auf Staatsbürgerschaft: Eine umstrittene Debatte

„Es ist absurd. Wir sind das einzige Land der Welt, das dies in Bezug auf das Geburtsrecht tut, und es ist einfach absolut verrückt“, erklärte der 47. Präsident der Vereinigten Staaten, während er ein Prinzip in Frage stellte, das einige seiner Gegner als zentralen Bestandteil dessen ansehen, was es bedeutet, Amerikaner zu sein. Seit über 150 Jahren garantiert der 14. Zusatzartikel der Verfassung allen Personen, die auf US-amerikanischem Boden geboren werden, automatisch die Staatsbürgerschaft.

Unzulänglichkeiten der Argumentation

Während die Gerichte versuchten, seine Order vorläufig zu

blockieren, wiesen verschiedene Medien darauf hin, dass die Äußerungen des Präsidenten nicht ganz genau waren. Laut der Law Library of Congress erkennen mehr als 30 Länder weltweit das Geburtsrecht auf Staatsbürgerschaft bedingungslos an – das bedeutet, dass Kinder, die auf ihrem Boden geboren werden, unabhängig vom Aufenthaltsstatus ihrer Eltern automatisch das Recht auf Staatsbürgerschaft erwerben.

Ein besonderes amerikanisches Konzept

Trotz der übertriebenen Rhetorik des Präsidenten deutet die Datenlage der Law Library darauf hin, dass es ein besonders amerikanisches (sowohl in Nord- als auch in Südamerika) Konzept des uneingeschränkten Geburtsrechts auf Staatsbürgerschaft gibt, wie die folgende Karte zeigt.

Bemerkenswert ist, dass fast alle dieser Länder, die das uneingeschränkte Geburtsrecht anerkennen, sich in der westlichen Hemisphäre befinden, also in Nord-, Mittel- und Südamerika. Die Mehrheit der Länder außerhalb dieser Region erkennt jedoch das Prinzip des jus soli (lateinisch für „Recht des Bodens“), auf dem das uneingeschränkte Geburtsrecht basiert, entweder gar nicht an oder tut dies nur unter bestimmten Voraussetzungen – häufig im Zusammenhang mit dem Aufenthaltsstatus der Eltern des neugeborenen Kindes.

Die Wurzeln des Geburtsrechts

Aber wie kam es zu dieser Teilung? In Nordamerika wurde das Konzept des „Rechts des Bodens“ von den Briten über ihre Kolonien eingeführt, so eine Studie von Graziella Bertocchi und Chiara Strozzi. Dieses Prinzip wurde im frühen 17. Jahrhundert im englischen Recht durch ein Urteil etabliert, das besagte, dass jeder, der an einem Ort geboren wurde, der dem König von England unterstanden war, ein „naturegeborener Untertan Englands“ war.

Als die USA ihre Unabhängigkeit erklärten, blieb die Idee

bestehen und wurde – ironischerweise gegen die abziehenden Briten – genutzt, um ausländischen Einfluss abzuhalten, wie etwa in der Anforderung der Verfassung, dass der Präsident ein „naturegeborener Bürger“ der USA sein muss.

Die Auswirkungen der Bürgerrechtsbewegung

Es war jedoch erst in den 1820er Jahren, dass eine Bewegung unter schwarzer amerikanischer Führung, deren Bürgerrecht zu dieser Zeit nicht ausdrücklich garantiert war, das Land dazu brachte, ernsthaft über das Thema nachzudenken, so die Geschichtsprofessorin Martha Jones von der Johns Hopkins University.

„Sie kommen zum Geburtsrecht, teilweise weil die US-Verfassung von 1787 verlangt, dass der Präsident der Vereinigten Staaten ein naturegeborener Bürger sein muss. Daher hypothesieren sie, dass, wenn es so etwas wie einen naturegeborenen Bürger gibt, sie, genau wie der Präsident, auch naturegeborene Bürger der Vereinigten Staaten sein müssen.“

Wirtschaftliche Beweggründe im Hintergrund

Es waren jedoch nicht nur die Briten in Nordamerika, die diese Idee einführten. Auch andere europäische Kolonialmächte brachten das Konzept in Länder Mittel- und Südamerikas. Oft trieb ein wirtschaftlicher Bedarf die Praxis in vielen dieser Gebiete voran. Die Bevölkerungen in der westlichen Hemisphäre waren zu dieser Zeit deutlich kleiner als in anderen, kolonisierten Teilen der Welt, und die Siedler sahen die Gewährung von Bürgerrechten oft als Möglichkeit, ihre Arbeitskräfte zu stärken.

„Diese Europäer kamen und sagten: ‚Dieses Land gehört jetzt uns, und wir wollen, dass mehr Europäer hierher kommen, und

wir möchten, dass sie Bürger dieser neuen Länder werden.' Es ist also eine Mischung aus kolonialer Dominanz und der Idee von Siedlervölkern, die sie bevölkern wollen“, erläuterte der Soziologe John Skrentny von der University of California, San Diego.

Ein Wechsel der Prinzipien: Vom Recht des Bodens zum Blutrecht

Was ist also mit all den Ländern in anderen Teilen der Welt, die ebenfalls von Europäern kolonisiert wurden, heute jedoch das „Recht des Bodens“ nicht anerkennen? Viele von ihnen – insbesondere in Asien und Afrika – wandten sich ebenfalls an die Staatsangehörigkeitsgesetze, um ihren ehemaligen Herrschern eine Botschaft zu übermitteln.

In den meisten Fällen tendierten diese Länder jedoch zu einer anderen Form der Staatsbürgerschaft, die ihre Wurzeln im europäischen Recht hat: jus sanguinis (das „Recht des Blutes“), das im Allgemeinen auf der Abstammung, Elternschaft, Heiratsbeziehungen oder Herkunft basiert. In einigen Fällen wurde dieses System von europäischen Mächten, die es praktizierten, nach Afrika übertragen, wie Strozzi und Bertocchi in ihrer Studie feststellten. In anderen Fällen übernahmen neu unabhängige Länder es aus eigenem Antrieb, um ihre Nationen auf ethnischer und kultureller Basis zu bilden.

Die Auswirkungen auf die nationale Identität

Die Umstellung war relativ einfach. Wie Skrentny anmerkt, war das „Recht des Bodens“ in vielen dieser Länder nie so tief verwurzelt, wie es in den Amerikas der Fall war, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass die großen einheimischen Bevölkerungen bedeuteten, dass die Kolonisatoren ihre Arbeitskräfte nicht verstärken mussten.

Die Abkehr vom „Recht des Bodens“ sendete eine Botschaft an die ehemaligen Kolonialherren, dass „sie davon nicht mehr hören wollten“, während die Annahme des „Rechts des Blutes“ sicherstellte, dass Nachkommen von Kolonisatoren, die in Afrika blieben, nicht als Bürger betrachtet wurden. „Alle wechselten zu jus sanguinis“, sagte Bertocchi. „Es scheint paradox zu sein, oder? Um eine nationale Identität aufzubauen, musste man dieses Prinzip annehmen.“

Das Ende des jus soli?

Es gibt eine letzte Wendung, die erklärt, warum das Prinzip des „Rechts des Bodens“ heute als weitgehend amerikanisch erscheint. Im Laufe der Jahre haben die kolonialen Mächte, die einst das „Recht des Bodens“ befolgten, dieses entweder abgeschafft oder in seiner Anwendung eingeschränkt, ähnlich wie einige ihrer ehemaligen Kolonien. Im Vereinigten Königreich wurde es durch das British Nationality Act der 1980er Jahre abgeschafft, das mehrere Bedingungen festlegte, um die britische Staatsbürgerschaft zu erlangen – einschließlich solcher, die sich auf die Elternschaft beziehen, wie im jus sanguinis.

Experten bestätigen, dass die treibende Kraft hinter diesen Veränderungen – in Großbritannien und anderswo in Europa – die Sorge war, dass Migranten das System ausnutzen könnten, indem sie ins Land einreisten, um ein Kind mit automatischer Staatsbürgerschaft zur Welt zu bringen. Mit anderen Worten: derselbe Grund, der heute von vielen von Trumps Unterstützern in den USA angeführt wird.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at